

Aus der Sozialdemokratie.

Deutsche und holländische Sozialdemokraten. Das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros im Haag, hat jüngst in einer Erklärung gesagt, man könne aus dem Aufruf des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie „Sozialdemokratie und Frieden“ den Schluß ziehen, „als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe, an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des I. S. B. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine Gesamtsitzung mit der Tagesordnung „Einleitung einer Friedensaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr.“ Dazu schreibt der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie im „Vorwärts“:

„In unserem Aufruf ist über die Haltung des belgischen Parteivorstandes zur Einberufung einer Sitzung des I. S. B. tatsächlich gar nichts gesagt. Es war uns schon im März mitgeteilt worden, daß Mitglieder des belgischen Parteivorstandes mit dem Exekutivkomitee des I. S. B. verhandelt hatten. Bei diesen Verhandlungen erklärten die belgischen Parteivorstandesmitglieder u. a., wie uns damals mitgeteilt wurde, daß vom Frieden erst geredet werden könne, wenn der deutsche Militarismus vernichtet sei.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt: „Durch die Erklärung des Internationalen Sozialistischen Büros wird nicht das geringste an der Tatsache geändert, daß die Mitglieder des deutschen Parteivorstandes, als sie im März nach dem Haag kamen, dort weder Engländer, noch Franzosen, noch Belgier vorgefunden haben, mit denen sie in eine Unterhandlung hätten eintreten können.“

Ein neues Strafverfahren gegen Rosa Luxemburg. Nach dem „Vorwärts“ ist gegen Rosa Luxemburg, die gegenwärtig eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt, sowie gegen Alara Zetkin, Franz Mehring und die Sozialdemokraten Berten und Pfeiffer in Düsseldorf ein neues Verfahren anhängig gemacht worden, das sich auf die in der Monatschrift „Die Internationale“ veröffentlichten Aufsätze stützt. — Mit Recht ist f. B. gerügt worden, daß Frau Luxemburg in dem „grünen Wagen“ in das Frauengefängnis in der Barnimstraße zur Verbüßung ihrer politischen Strafe transportiert worden ist. Aber auch der Minister des Innern aber hat nach dem „Vorw.“ jetzt dieses Verfahren gebilligt.